



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XIV/167 - 29. Juli 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Dokumente statt Reden Günter Markscheffel berichtet aus Genf	75
3	Wenn Christen politische Gegner sind ... Vor dem 9. Evangelischen Kirchentag in München	51
4	Propaganda, Proteste und Gebete Von unserem H.G.S.-Sonderkorrespondenten aus Wien	51
5 - 6	Fidel Castros abschüssiger Weg Von unserem Korrespondenten in Mexiko, Max Diamant	106

\* \* \*  
\* \*

Dokumente statt Reden

Günter Markscheffel berichtet aus Genf

Die "Großen Vier" haben nun endlich ihre - wie jede Seite heute noch sagt - "endgültigen Bedingungen" für einen Berlin-Kompromiß schriftlich fixiert und miteinander ausgetauscht. Ob die Konferenz nunmehr schneller zu einem Ergebnis gelangen wird, ist allerdings zweifelhaft.

Nach den ersten in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch durchgesickerten Informationen gibt es bei den Vorschlägen des Westens und des Ostens zwei Punkte, die entweder langwierige Verhandlungen auf der jetzigen Konferenz voraussagen lassen, oder die erst auf einem Gipfeltreffen - wenn es stattfindet - zu einer beide Seiten befriedigenden Lösung gebracht werden könnten. Es sind dies die Termine für einen modifizierten Berlin-Status und das Problem der westlichen Truppenstärken.

Der Westen sagt in seinem neuen Memorandum, alle Vereinbarungen - Berlin betreffend - sollen mindestens fünf Jahre Gültigkeit haben, während der Osten erneut von achtzehn Monaten spricht. Der Westen will die Anzahl seiner in Berlin stationierten Truppen (11.000) nicht verringern. Die Russen fordern eine Reduzierung auf etwa 4.000 Mann.

Konkretisiert wurde im westlichen Vorschlag die bereits kürzlich von Außenminister Herter gemachte Anregung, eine UNO-Kommission zur Beobachtung der "subversiven Tätigkeiten" in Berlin einzusetzen.

Der Osten hat seinerseits im Augenblick davon abgesehen, die Forderung nach Bildung eines gesamtdeutschen Ausschusses mit der Zustimmung für eine Berliner Interimslösung zu koppeln.

Wie wir bereits gestern andeuteten, besteht durchaus die Möglichkeit, daß sich beide Seiten mit der Paraphierung der nicht zu beanstandenden Punkte einverstanden erklären, während man die offenen Fragen auf die Tagesordnung der Gipfelkonferenz bringt.

Aus westlichen Konferenzkreisen verlautet, man habe sich zu "beträchtlichen Konzessionen" durchgerungen. Die Russen dagegen zeigen sich enttäuscht über die Fünfjahresfrist und über die Weigerung der Westmächte, die Truppenstärken in Berlin zu verringern. Mit besonderem Nachdruck wird von den Russen darauf hingewiesen, daß sie jetzt ihre Vorschläge nicht mit der Forderung nach sofortiger Bildung eines gesamtdeutschen Gremiums gekoppelt haben. Allerdings wollen sie vom We-

sten eine grundsätzliche Zustimmung zur "Notwendigkeit" der Einrichtung eines gesamtdeutschen Ausschusses haben. Sie stützen sich dabei auf den westlichen Friedensplan, in dem auch von einem gesamtdeutschen Gremium die Rede ist. Diesen, wie die Russen sagen, Verzicht auf das Junktin zwischen "Berlin-Lösung" und "Gesamtdeutschen Ausschuss" betrachten die Russen ihrerseits als eine "beträchtliche Konzession" an den Westen. Ob die Behauptung richtig ist, daß sich die DDR-Delegation heftig gegen diese von den Russen bezogene Linie gestäubt hat, wird schwer festzustellen sein.

Natürlich gibt es auch jetzt wieder eine Fülle von Spekulationen über die Bedeutung des "Notenaustausches". Die Bewertung des Ereignisses schwankt zwischen den Bezeichnungen "Höhepunkt" und "Routinearbeit". Es ist möglich, daß die richtige Beurteilung - wie so oft - in der Mitte liegt. Dafür spricht folgendes:

1. Trotz gelegentlich gegenteiliger Behauptungen wirkt sich der Besuch Nixons in der UdSSR auf die Genfer Konferenzatmosphäre lokernnd aus.
2. Gewisse in den letzten Tagen auf der Genfer Konferenz der Atomexperten erzielte Fortschritte lassen vermuten, daß Amerikaner, Russen und Engländer noch vor der Fixierung des Termins für das Gipfeltreffen einen Kompromiß finden wollen (Stop von Atomwaffenversuchen).
3. Der britische Außenminister Selwyn Lloyd ist auch nach dem Austausch der "Papiere" zur Berlin-Frage stark daran interessiert, daß die Abrüstungsfrage oder mindestens das Problem eines Rüstungsstops in beiden Teilen Deutschlands (Atombewaffnung "einfrieren" lassen) auf der Tagesordnung bleibt.

Diese Umstände sind auch der Grund für die "Großen Vier", die "Kleinen" - also die Delegationen aus Bonn und Pankow - immer mehr in den Hintergrund zu drängen. Zwar wird ständig von beiden Seiten versichert, man konsultiere sich eifrig, jedoch lassen alle Anzeichen erkennen, daß die "Großen" unter sich zu bleiben wünschen. Gelegentlich wird sogar behauptet, der Hauptgrund für den Verzicht auf die Abhaltung von Vollsitzungen, an denen auch die Delegationen aus den beiden Teilen Deutschlands teilnehmen müßten, sei die Befürchtung, daß die "Kleinen" wieder als Störenfriede auftreter.

Vielleicht ist der jetzt erfolgte Austausch von Dokumenten für den weiteren Verlauf der Verhandlungen eine bessere Möglichkeit als die bisher oft nur zum Zwecke der Propaganda gehaltenen Reden.

Wenn Christen politische Gegner sind...

W.P. - In wenigen Wochen wird in München der 9. Evangelische Kirchentag seine Stimme erheben und die Umwelt von seinem ernstem Bemühen um eine den veränderten Verhältnissen angepasste Beziehung zum Menschen und seiner irdischen Ordnung zu überzeugen suchen. Hunderttausende werden aus allen Teilen Deutschlands herbeiströmen, von einer inneren Verpflichtung getrieben: ein unübersehbares Zeugnis abzulegen ihres Glaubensdaseins, sich zugleich mit den brennenden Fragen dieser Welt offen zu konfrontieren und nicht zuletzt sich zu erfreuen an der Tatgemeinschaft aus Ost und West unseres zerrissenen Volkes, wie sie bei den Kirchentagen trotz vieler Widerstände und Schwierigkeiten glücklicherweise bis heute noch gegeben ist.

Dieser Kirchentag wird in einem vielleicht noch sichtbarerem Masse als früher den Mut der Kirche und ihre innere Verpflichtung manifestieren, Probleme anzufassen, die jahrhundertlang tabu waren. Da geht es um das Verhältnis zum Staat, zur Wirtschaft, zum Menschen und zu den Massenmedien. Man wird so offene Fragen behandeln wie: "Wann wird Leistung zum Götzendienst?", und der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Erler ist gar eingeladen worden, über das Thema "Wenn Christen politische Gegner sind..." zu sprechen.

Am Tage der Sondertreffen <sup>des Kirchentages</sup> wird auch die "Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus - Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V." wieder eine besondere Veranstaltung durchführen. Sie will auch auf diesem Kirchentag mit seinen spannungsgeladenen Themen zum Ausdruck bringen, dass die Kirche als Institution ein Teil der modernen, von der Macht der Technik geformten Massengesellschaft ist. Sie will mahnen darauf hinweisen, dass der grossen Gefahr dieser technisierten Gesellschaft, den manipulierten Menschen ohne eigene Entscheidungsfreiheit zu prägen, nicht nur mit der christlichen Glaubenskraft, sondern auch mit den der säkularen Welt auf Grund der Schöpfungsordnung innewohnenden heilsamen Kräften der Vernunft und der Sittlichkeit als wertvollen Bundesgenossen begegnet werden muss. In dem Ringen um die Freiheit und die Würde des Menschen müssen Christentum und Sozialismus sich sogar die Hand reichen, um gemeinsam den Ziele näher zu kommen.

Als Referenten haben sich die religiösen Sozialisten den Schweizer Professor Dr. Rich verpflichtet, der auch auf dem Kirchentag sprechen wird. Sein Thema "Die Verantwortung des Volkes Gottes für den Menschen der industriellen Welt" entspricht dem Gesprächsinhalt des Kirchentages ebenso wie dem speziellen Anliegen des Bundes. Neben diesem Hauptreferat wird Kultusminister a.D.h.c. Arno Hennig über "Das Welt und Menschenbild der Jahrhunderte" zu hören sein.

Welche Bedeutung diesen Treffen der evangelischen Sozialisten auf dem Kirchentag beigemessen wird, geht aus dem bereits vorliegenden Grüssen hervor. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, der niedersächsische Ministerpräsident Heinrich Kopf, Prof. Helmut Gollwitzer, Oberbürgermeister Bockelmann, Frankfurt, und Bürgermeister Max Brauer, Hamburg, haben Telegramme geschickt. Man muss der Veranstaltung einen guten Erfolg und eine zunehmende Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit wünschen; er hilft den Weg ebnen, den Kirche und Demokratischer Sozialismus in Zukunft gemeinsam gehen müssen, um den Menschen zu helfen, sich in einer immer komplizierter werdenden Umwelt zurechtzufinden.

## Propaganda, Proteste und Gebete

Von unseren H.G.S.-Sonderkorrespondenten aus Wien

Überall in Wien schwirren die jungen Menschen in den blauen Hemden mit ihren Landesfarben auf dem Arm herum, bis auf den Kahlenberg und den Leopoldsberg wandern sie. Überall findet man Zeltlager der Jungkommunisten aus aller Welt, die diesmal nicht Moskau, sondern Österreichs Hauptstadt zum Schauplatz demagogischer Propaganda gewählt haben. Das "Welt-Jugend-Festival" zieht, wie stets, Abenteurer und Desperados an. Diese "VII. Weltfestspiele", die jetzt begannen, und zehn Tage durch alle größeren Säle Wiens gehen, dem Musikvereinssaal, der Stadthalle, durch die Sofiensäle, sind Festspiele gegen den Willen der Wiener.

Über der Hofburg zieht ein Privatflugzeug seine Kreise mit einer langen Schleife, auf der steht: "Festspiele - ohne uns !"

Seitdem in Prag 1947 die ersten kommunistischen Weltjugend-Spiele stattfanden, ist Moskaus Propaganda in Richtung auf die Jugend verstärkt worden. Willige Existenzen fanden sich, um solche Spiele mit ihrer Musik, ihren Theaterstücken, ihren künstlerischen Leistungen auszuschnücken. Tarnfirmen gestalten die finanzielle Gebarung aus, die Urkosten übernimmt zum größten Teil Moskau.

Die Öffentlichkeit reagiert verschieden. Vom offenen Zorn der in Wien geäußert wird, bis zur achselzuckenden Passivität findet man alle Spielarten der Anteilnahme. Jedenfalls fühlt jeder Wiener, das diese kommunistischen Spiele eine Belastung im internationalen Reiseverkehr bedeuten, der Österreichs Hauptstadt gerade Ende Juli und in der ersten August-Hälfte durchflutet. Besonders die zahlreichen Flüchtlinge aus Ungarn haben ihre Meinung über das Festival.

Die Wiener Presse übte bereits heftige Kritik an der Fagung. Aber die neutrale Stadt Wien schritt zu keinem Verbot. Man beschränkte sich auf ein passives Schweigen, und die Presse beschloß, überhaupt keine Nachrichten über das Treffen zu veröffentlichen, sondern es totzuschweigen, was auch geschieht.

Und doch gibt es Ereignisse, die das Schweigen durchbrechen lassen. Die sozialistische Jugend Österreichs unternahm eine Kundgebung gegen den Imperialismus.

Dabei faßte man den Begriff "Imperialismus" sehr weit. Junge afrikanische und asiatische Sozialisten trafen sich unter dem Motto "Kampf Afrikas und Asiens gegen koloniale Unterdrückung". Die Veranstaltung im Hochhaus am Praterstern unter dem Vorsitz des Präsidenten der Internationalen Union der Sozialistischen Jugend, Nath Pai, zog auch viele Tagungsteilnehmer an. Hier sprachen der ehemalige Vizepräsident Burmas, U Kyam Kyein und ein Delegierter Chinas, Boi Doku. In den gleichen Räumen sprach dann auch die Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, Anna Kethly, über die Revolution in Ungarn - das war eine eindeutige Demonstration gegen die Einseitigkeit der kommunistischen Weltfestspiele. Zum Weltflüchtlingstag trafen sich just zum gleichen Zeitpunkt Flüchtlinge aus Algerien, Ungarn, Spanien und Tibet.

Die katholische Kirche rief anläßlich der Weltfestspiele zu Gebeten und Anbetungsstunden auf. In einer Bittandacht in der Kirche am Hof betete Erzbischof Kardinal Dr. König für die verfolgte Kirche im Osten. Gegen diesen Gottesdienst protestierte der sowjetische Botschafter in Wien, Lapin, im Bundeskanzleramt am Ballhausplatz formell. Mit diesem Schritt erwarb sich die Sowjetunion noch weitere "Sympathien" für ihre kommunistischen Weltjugendfestspiele in Wien.

Fidel Castros abschüssiger Weg

M.D. - Der angedrohte Rücktritt des Ministerpräsidenten Fidel Castro und die dadurch erzwungene Demission des Staatspräsidenten Urrutia haben vor aller Welt enthüllt, dass das nationalrevolutionäre Regime auf Kuba in einer tiefen politischen Krise steckt. Obwohl dem Inselstaat Kuba, dem eigenen Gewicht nach und auch trotz seiner strategischen Position im weltpolitischen Ringen, an sich kaum eine grössere Bedeutung zukommt, ist dennoch seine innere Entwicklung im lateinamerikanischen Zusammenhang von grosser politischer Wichtigkeit.

Weil hier trotz aller paradoxen Erscheinungen tatsächlich ein nationalrevolutionärer Prozess im Gange ist, der sich historisch an die Revolution in Mexico und Bolivien anschliesst, und weil heute der ganze lateinamerikanische Kontinent in Gärung geraten ist, hat die Entwicklung in Kuba im Positiven wie im Negativen einen grossen Widerhall. Aber auch der Wandel in den Beziehungen zwischen dem Kuba Fidel Castros und seinen grossen nordamerikanischen Nachbarn wird in ganz Lateinamerika intensiv beobachtet. Zu einem Teil geht es hier wiederum nicht so sehr um die Beziehungen zwischen Kuba und den USA selbst, als um Fragen eines neuen und morgigen Verhältnisses zwischen den lateinamerikanischen und angelsächsischen Teilen des amerikanischen Kontinents. Fidel Castro setzt darauf, dass die kubanischen Volksmassen mit einer fast religiösen Gläubigkeit hinter ihm stehen und dass er dank seinem Sieg über die Batistadiktatur und seinen seitherigen weghalsigen Disput mit den USA in ganz Lateinamerika Sympathien auf sich vereinigt hat.

Doch selbst in Lateinamerika beginnt Fidel Castros exaltierte Sprunghaftigkeit den Menschen auf die Nerven zu gehen. Erst recht mit europäischen Augen gesehen, gleicht die jetzige politische Krise auf Kuba einem tropischen Gewitter: plötzlich im Beginn, abrupt im Verlauf, heftig in der Wirkung. Fidel Castro hat durch seine zügellose Attacke gegen den eigenen Präsidenten nicht nur einen jähen Wechsel im höchsten Staatsamt erzwungen, er hat zugleich klar gemacht, dass die staatspolitische Krise auf Kuba latent ist.

Da die politische Labilität in ganz Lateinamerika - mit einer gewissen Ausnahme von Mexico, Costa Rica und Uruguay - ein historisches Erbübel ist, das bisher wesentlich die Entwicklung dieses Kontinents gehemmt hat, empfindet man es hier umso intensiver, dass die Ablösung Batistas durch Castro die staatspolitische Krise auf Kuba nicht abgeschlossen, sondern nur verändert hat. Fidel Castros nationalrevolutionäres Regime unterliegt dem gleichen Gesetz, dem offensichtlich alle Diktaturen kurz über lang ausgesetzt sind: die Abnützung, die Abbröckelung und politische Einengung beginnt an der Spitze, noch bevor unten die Popularität des Regimes sich in das Gegenteil gewandelt hat.

Denn die erzwungene Demission Dr. Urrutias ist in diesem Sinne ein generelles Zeichen, dass die politische Isolierung Fidel Castros beginnt. Vor kaum einen Jahr ist durch einen politischen Einheitspakt im Ausland, den alle aktiven antibatistischen Gruppierungen zusammen mit der Bewegung des 26. Juli Fidel Castros unter ausdrücklichem Ausschluss der Kommunisten gemeinsam unterschrieben, erst eine breite politische Basis für ein gemeinsames und erfolgreiches Vorgehen gegen

die Batistadiktatur geschaffen worden. Dieser Einheitspakt war damals gegen das lange Sträuben Fidel Castros, der "allein und kompromisslos" seinen Guerillakampf weiterführen wollte, schliesslich in Carracas zustande gekommen. Offensichtlich war damals das Einschwenken Fidel Castros zu einer Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften, die nicht seinem Kommando unterstanden, erst unter dem Eindruck des grossen vereinigten venezolanischen Opposition gegen die Diktatur Perez Jimenez möglich geworden. Einige Monate vorher, im April 1958, war ein letzter Versuch Fidel Castros, als eigener Kraft und nur von Zusagen des illegalen kommunistischen Apparats unterstützt, zum Generalstreik und zum Generalaufstand gegen Batista vorzustossen, blutig gescheitert. In der Tat hat der Pakt von Carracas sehr bald politische Früchte getragen und so, fast nach zwei Jahren steter Partisanenkämpfe und ausweglosen Gegenterrors erst Fidel Castro die politische und materielle Basis gegeben, die Kampffront gegen Batista aus den Bergen voranzutragen.

Allerdings übernahm Fidel Castro danach zugleich bestimmte Verpflichtungen: 1. mit den anderen aktiven antibatistischen Gruppierungen zusammenzuwirken; 2. als Staatspräsidenten; den gemeinsamen Kandidaten dieser nationalrevolutionären Koalition, den früheren Richter Dr. Urrutia zu proklamieren; 3. drei Monate nach dem Sturz Batistas Neuwahlen zum Parlament durchzuführen. Fidel Castro hat keine Verpflichtungen eingehalten.

Sieht man von allen ideologischen Unterschieden ganz ab, so verhält sich dennoch der kubanische Revolutionsführer in einem entscheidenden Punkt nicht wie ein bolschewistischer Machtpolitiker: er verwendet seine Machtfülle nicht in erster Linie dazu, um durch ein ganzes System immer weiterer organisatorischer Sicherungen und Stützen sich in der Macht zu verewigen. Tatsächlich ist die Betonung organisatorischer Zielstrebigkeit in der Politik ein entscheidendes Merkmal der bolschewistischen Praxis. Dass aber Fidel Castro die Zusammenarbeit mit anderen nationalrevolutionären Gruppierungen und politischen Kräften, die sich von seiner eigenen Gefolgschaftsgruppe des "26. Juli", teils durch ihre politische Vergangenheit, teils durch generationsmässige Unterschiede, teilweise auch nur durch Nuancen unterscheiden - abbaut, statt erweitert, hat nicht nur mit seinen eigenen autoritären Neigungen zu tun. Trotz aller demokratischen und volkstümlichen Bereitschaft Fidel Castros, zu jeder Zeit öffentlich und zu jedermann langatmig zu reden, ist er im Grunde ein sozial-geprägter Typ eines "caudillo".

Fidel Castro weicht der eigentlichen Fragestellung aus, wenn er seine Ablehnung von Parlamentswahlen immer wieder damit begründet hat, dass jede Wahl ihm heute auf jeden Fall eine gewaltige Stimmenmehrheit bringen würde und darum vorläufig unnötig sei. Fidel Castros Forderung nach einer "parlamentslosen Zeit" von etwa vier Jahren, entspricht vielmehr seiner jugendlichen Wunschvorstellung, in der Zwischenzeit ungehindert eine Serie grosser sozialer und kultureller Reformen in Kuba durchzuführen. Im Ergebnis soll nach diesen echt idealistischen und doch romantischen Vorstellungen der kleine Inselstaat sprunghaft aus einer rückständigen, halbfeudalen und halbkolonialen Dornäse in ein wirklich unabhängiges Land und in ein geistiges und soziales Vorbild für Lateinamerika verwandelt werden.

Unter den objektiven Existenzbedingungen der kleinen Insel, die auch durch heroische Willensakte nicht so bald grundsätzlich verändert werden können, und angesichts der so belastenden politischen Vergangenheit des Landes, die ein Grossteil der aktivsten Menschen zu Korruption und Brutalität herangezogen hat, liegt hier zwischen idealistischer Absicht und realer Möglichkeit eine sehr grosse Entfernung. Diese soziale Distanz wird durch Fidel Castro als den Anführer der Ungeduld, durch seine Sprunghaftigkeit und durch seine Kapriolen nur scheinbar verringert. In Wirklichkeit gleicht seine hastige Jagd einer grossen Flucht nach vorn. Es ist ein Rennen auf abschüssiger Bahn.